

ZAG

EUR 5,00

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
NUMMER 76/2018 ISSN: 2192-6719

ALLES HAT EIN ENDE





Diskussionsforum für

- Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
- Elemente & Strategien gewerkschaftlicher Anti-Konzessionspolitik
- Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe ...

○ **Probelesen?!
kostenfreies Exemplar anfordern**

Ausgabe 6/18 u.a.:

»Auslassung und Suggestion« – GewerkschafterInnen äußern sich im migrationspolitischen Streit der Linkspartei

Stephan Krull: »Marxistische Interventionen in die Autoindustrie« – Mobilisierung und Mobilität, wie wir sie verstehen

Rainer Roth: »Politische Ökonomie der Menschenrechte« – Zur Kritik von Marx an den universalen Menschenrechten der bürgerlichen Revolutionen

»Egal welcher Fisch« – Interview mit S. Habekost und M. Kunze zum Arbeitskampf bei der Vivantes Service GmbH

»Befristete Arbeitsverträge« – Die Institutionalisierung von »Hire and Fire« in Indien

**Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info**

Abbildungen im Heft

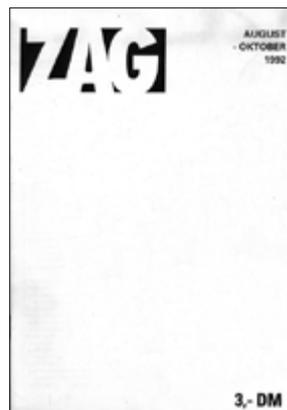
* Die Wurst symbolisiert von alters her die Vergänglichkeit und Wiederkehr allen Seins. So wohnt auch dem Ende dieses Periodikums, die Hoffnung eines Neuanfangs inne. Der Rest sind Titelblätter einer brillanten Antira-Zeitschrift.

INHALT

EDITORIAL _____ **1**
 Alles hat ein Ende_ZAG _____ 1

SCHWERPUNKT _____ **02**
 Am Anfang stand ...Die letzten 25 Jahre der ZAG_ZAG _____ 02
 Der Letzte Text_Die Zukunft ist ungewiss_ZAG _____ 07

ANZEIGEN _____ **12**



Alles hat ein Ende

Jetzt ist Schluss! Wir machen nicht mehr weiter, wir hören auf. Nach 25 Jahren und 75 Ausgaben ist dies der letzte Schwerpunkt, das letzte Heft der ZAG. Nach langen Diskussionen und schmerzlichen Einsichten hat sich die Redaktion entschieden die Zeitschrift einzustellen.

Eine antirassistische Zeitschrift tut not. Das wurde uns in letzter Zeit häufiger gesagt. Vielleicht hätten wir dies früher hören müssen. Hätten wir bei größerer Resonanz nicht diesen Schlusspunkt gesetzt? Vielleicht sind unsere Leser*innen schuld? Mehr Zuspruch, stärkere Reaktionen auf die Zeitschrift, vielleicht hätten wir es uns nochmal überlegt und anders entschieden. Vielleicht haben wir auch zu seichte, zu moderierende, zu vermittelnde Texte veröffentlicht. Wer will sich schon an etwas reiben, das so anschmiegsam wie die ZAG daher kommt. Oder doch vielleicht mehr Katzenbilder?

Jetzt, in diesen Zeiten, hört ihr auf? Die AfD, der Rechtsruck – es gäbe doch wahrlich viel zu berichten. Selbstverständlich haben wir den unheimlichen Zuspruch, den Populist*innen erhalten, mitbekommen – die ZAG berichtete darüber. Rechte Populist*innen sind weltweit in den Parlamenten präsent. Gesellschaften mit starken demokratischen Institutionen geraten unter Druck. In den USA, Brasilien, Israel, der Schweiz, der Türkei, in der gesamten EU schlägt die Stimmung um: demokratische Vermittlung und journalistische Arbeit wird nicht gerade hochgeschätzt.

Doch bei all diesen Hiobsbotschaften, es gibt gute Gründe für uns als Redaktion und Herausgeber*innen mit dieser Zeitschrift ein Ende zu machen. Zum einen haben wir es nicht geschafft, unsere Redaktion zu vergrößern. Das hat viele Gründe. Unsere Arbeitsweise war stets von Pluralität gekennzeichnet. Eine gemeinsame Meinung der Redaktion gab es selten – und nur in seltenen Fällen haben wir es für nötig befunden, eine gemeinsame Haltung nach außen zu kommunizieren. Das hat Vorteile. Wir mussten nicht unbedingt einer Meinung sein und konnten dennoch zusammen arbeiten sowie eine Ausgabe nach der anderen herausgeben.

Das heißt nicht, dass wir uns nicht gestritten hätten. Die inhaltliche Diskussion bedeutete aber nicht, dass wir beim nächsten Treffen weniger waren, unsere Gruppe sich gespalten hätte. Die Konflikte waren eher unterschwellig. Zum Teil waren wir über 15 Jahre Mitglied der Redaktion. Da schleifen sich so manche seltsamen Verhaltensweisen und auch Verletzungen ein. Das hat uns auch immer wieder vor die Aufgabe gestellt damit umzugehen. Im Zuge einer Mediation haben wir beispielsweise unsere Arbeitsweisen verändert und strukturiert (s.a. ZAG 64 »Linke Diskussionskultur«). Sich zu überlegen, was jede*r möchte, hilft – und es hilft auch entsprechend zu handeln. Im Laufe der Zeit haben sich immer wieder einzelne entschieden zu gehen, aus persön-

lichen Gründen, Familie, Berufstätigkeit, Unzufriedenheit mit der Effizienz der Redaktionsarbeit oder Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieser antirassistischen Publikation angesichts der brutalen Gewalt auf der Straße.

Vielleicht aber hat sich auch die Zeitschrift überlebt? Gegründet wurde die ZAG vor 25 Jahren. Der rassistische Mob feierte sich selbst: Hoyerswerda, Lichtenhagen. Die Einschränkung des Asylrechts durch das Parlament. Ein Staat, der es zulässt, dass Faschist*innen mordend durch die deutsche Pampa ziehen – und bis heute laufen die Täter*innen noch frei herum. Aus dieser Situation wurde die ZAG geboren.

Vielleicht ist die ZAG ein Generationenprojekt, und wir haben es nicht geschafft ihr ein neues Gewand zu geben. Zwar haben wir stets auf das Layout geachtet, aber sie war gewissermaßen altbacken – aus Papier, analog. Den Generationenwechsel nicht hinbekommen zu haben, müssen sich wohl die letzten ins Poesiealbum schreiben lassen. Selbstverständlich, auch andere Projekte haben den Generationenwechsel nicht geschafft. Als letzte erklärmaßen antirassistische Zeitschrift sind halt wir übriggeblieben – und nun ist unser Ende gekommen.

Vielleicht hätten wir früher Schluss machen sollen? Als es ein wenig besser aussah als heute. HoGegSa, Pegida, NSU, AfD, identitätssuchende Leersprecher. Heute scheint die Situation nicht so anders zu sein als in den 1990ern. Doch es ist anders, und wir sind es auch. Mit all den Erfahrungen einer 25-jährigen Geschichte befrachtet, bleiben wir angesichts einer sich verändernden Welt kaum dieselben. Heißt das nun wir geben auf?

Nein. Dass aber die ZAG nicht mehr erscheinen wird, ist eine sichtbare Veränderung für alle. Wenn es nicht nur die anderen sind, sind es womöglich die eigenen Leute, die uns zur Aufgabe zwingen? Angesichts der moralisch rigide geführten Auseinandersetzung um antideutsch und Weißsein, diese ermüdenden, häufig moralisch statt politisch geführten Diskussionen, ein guter Grund. Da sind Identitätssuchende am Werk, denen es ganz wichtig ist, wer sie sind. Wichtiger als Bündnisarbeit, Respekt oder Diskussion.

Unsere Ziele – und wir denken, wir haben zumindest diese erreicht – sind die Vermittlung von Theorien, die Dokumentation antirassistischer Praxis und eine Plattform für Aktivist*innen zu sein. Das soll uns bitte jemand nachmachen. Wir bitten dringend darum. *

Eure ZAG – antirassistische Zeitschrift



SCHWERPUNKT



Am Anfang stand ...

Die letzten 25 Jahre der ZAG

■ ZAG

Die ZAG kann auf eine fünfundzwanzigjährige Geschichte zurückblicken. Dies sind auch fünfundzwanzig Jahre antirassistische Geschichte. Die Texte und Schwerpunkte in den 75 Ausgaben, die in diesen Jahren erschienen, dokumentieren die Diskussionen zu antirassistischer Politik von 1992 bis 2018.



Alles begann mit einer kleinen Gruppe in Berlin innerhalb der Antirassistischen Initiative (ARI), die 1988 gegründet worden war und dem Antifa-Infotelefon. Die Gruppe hatte begonnen, einen antirassistischen Notruf per Telefon zu unterhalten. Die Notrufnummer sollte der Information zu rassistischen Übergriffen, Mobilisierung für Aktionen und der Beratung dienen. Zu oft war die Polizei bei rassistischen Übergriffen nicht zur Hilfe gekommen, der polizeiliche Notruf half nicht. Die Zahl der Übergriffe, Anschläge und Toten war mit dem Mauerfall kontinuierlich gestiegen. Hoyerswerda und Lichtenhagen waren die sichtbaren Ereignisse, die bundesweit die Öffentlichkeit erreichten und die zum Symbol für den Rassismus im vereinigten Deutschland wurden. Die tagtäglichen Toten an der Grenze der BRD zu Polen wie auch die Angriffe auf den Straßen und in den S-Bahnen Ostdeutschlands blieben weitgehend unbeachtet. Eine Reaktion hierauf war die Dokumentation »Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen«, die bis heute erscheint. Ein weiteres Ergebnis aus den Diskussionen der beiden Gruppen über Rassismus, Faschismus und Asylpolitik war die Gründung der ZAG.



Rassismus tötet

Das »Zeitschriftenprojekt antirassistischer und antifaschistischer Gruppen«, ZAG, verstand sich als Plattform, die »vor allem antirassistischen und antifaschistischen Gruppen Raum bieten« sollte, »Informationen, Einschätzungen, Selbstdarstellungen, Termine usw.« öffentlich zu machen. Ziel war es, auf diesem Wege eine Gegenöffentlichkeit aufzubauen, Aktionen durchzuführen und Betroffene solidarisch zu unterstützen. Von Anfang an verfolgte die Redaktion der ZAG einen pluralen Ansatz, der auch Beiträgen



mit anderem politischen Standpunkt als dem der Redaktion einen Platz bieten wollte.

Die erste Ausgabe mit dem Titel »Rassismus tötet« kam im November 1991 heraus. In den folgenden Jahren erschien sie vierteljährlich. Ab der achten Ausgabe erschien sie mit dem Untertitel »Zeitung antirassistischer Gruppen« und ab Mitte 1997 als »antirassistische Zeitschrift« und kündete so von der veränderten Arbeitsweise und organisatorischen Einbindung der Redaktion. Diese war Teil der ARI geworden und lud seit dem 3. Jahrgang Autor*innen ein, zu Schwerpunktthemen zu schreiben. Zuvor nahmen die Dokumentation von Erklärungen, Aufrufen und Reden einen großen Raum ein. Die Texte speisten sich aus den Aktivitäten der Gruppen vor Ort, die mit Nazi-Angriffen, Polizeieinsätzen, Abschiebungen und rassistischer Gewalt konfrontiert waren. Mit den ZAGs Nr. 14 »Deutscher Antirassismus?«, gemeinsam mit »off limits« 1995, Nr. 18 »VietnamesInnen in Berlin«, gemeinsame Ausgabe mit »Arranca!« 1996 und Nr. 47 »Produktionen des Westens«, gemeinsame Ausgabe mit der Zeitschrift »kleine anfrage« 2005, lebte diese gruppenübergreifende Zusammenarbeit wieder auf.

Der erste Schwerpunkt in der ZAG Nr. 7 war dem Thema »Rassismus und Medien« gewidmet. Die ARI hatte im Rahmen der So36-Tage eine Diskussion mit dem Titel »Macht der Medien – Ohnmacht der Linken« vorbereitet. Der Schwerpunkt spiegelte die Interessen der Redaktion wider und nahm zugleich die Rolle der ZAG als Medium einer antirassistischen Gegenöffentlichkeit aufs Korn. Nicht nur der Rassismus der bürgerlichen Massenmedien traten ins Blickfeld, sondern auch »wie in unseren eigenen Medien, wie in der sogenannten linken und feministischen Gegenöffentlichkeit Rassismus und Antisemitismus reproduziert wird«. Der Diskurs der bürgerlichen Medien stellt Rassismus als Randgruppenproblem dar. Dabei ist Rassismus ein verbreitetes Alltagsproblem. Die Medien selber sind eine Institution – neben anderen, die dieses rassistische Alltagsbewusstsein durch ihre Berichterstattung über Asylgesetze, Einwanderung und das Zusammenleben von autochthone und migrantischer Bevölkerung nährt, so z. B. in der Kampagne der Springer-Presse zur so-

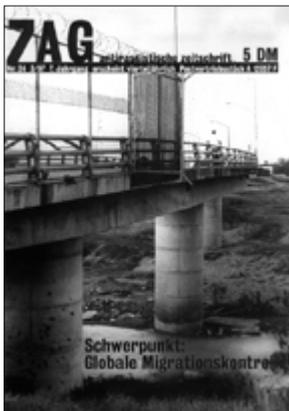
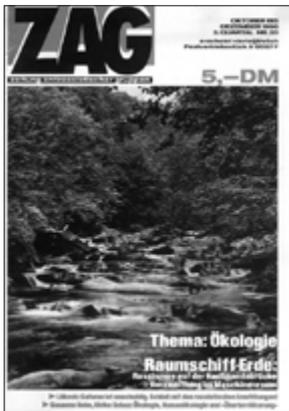
genannten »Asylanten-Schwemme«. Doch sind die Medien nicht das Sprachrohr eines einheitlichen gesellschaftlichen Blocks und es stellt sich die Frage, welche Möglichkeiten und Schwierigkeiten sich daraus für antirassistische Arbeit ergeben. Als Linke bezieht man sich selbst immer wieder auf diese Medien und versucht, dass die eigene Sichtweise dort zumindest wahrgenommen wird. Während offene Hetzkampagnen relativ schnell Widerstand und auch Empörung freisetzen, ist es schwieriger dem impliziten, verdeckten Rassismus in den Medien etwas entgegen zu setzen. Dies ist eine langfristige Aufgabe.

Die Reflektion der eigenen Arbeitsbedingungen – wie sie in der ZAG Nr. 7 analysiert werden – ist zu einem Kern der inhaltlichen Auseinandersetzung in der ZAG geworden: sich selbst nicht aus den Augen zu verlieren und die eigene Rolle bei den rassistischen Kämpfen wahrzunehmen. Dabei sind die inhaltlichen Setzungen stets durch das Interesse und die Diskussionen innerhalb der Redaktion bestimmt gewesen. Einerseits waren die Themen in der ZAG durch die Aktivitäten der Redaktionsmitglieder in Kampagnen und Netzwerken bestimmt. Andererseits gelang es, frühzeitig Themen zu besprechen, die später größeres Interesse auch außerhalb der ZAG nach sich zogen.

Mit der Ausgabe Nummer 50 »Verschwörungen« gönnten wir uns ein kleines Jubiläum und ein Thema, welches viel Spaß versprach. Mit dem Erfolg des republikanischen US-Präsidentschaftskandidaten Trump und der Desinformationsstrategien der Rechten haben diese Verschwörungserzählungen unter den Schlagwörtern »Fake News« und »Alternative Fakten« einen Platz in der Politik und den Medien gewonnen. Zwar haben wir dies damals nicht vorausgesehen, dennoch gab es bereits 2007 innerhalb der deutschen Rechten Versuche, damit Politik zu betreiben und Wähler*innen zu gewinnen. Nicht, weil sie die Massen manipulieren wollten, sondern weil die Nazis wirklich daran glauben.

Ach, zwei Seelen

Die mediale Arbeit funktioniert nicht wie ein Tabu oder die Bannung von Dämonen mittels eines Pentagramms auf der Türschwelle.



Bedauerlicherweise reicht es nicht, ein Thema auszusprechen, um es dann endgültig von der Tagesordnung verabschieden zu können. Doch zumindest lassen sie sich öffentlich machen. Einige Themen haben wir öfter aufgreifen müssen wie Antiziganismus (ZAGs 5, 43, 59), Illegalisierung, antimuslimische Ressentiments (ZAGs 34, 56), die Rolle Europas (ZAGs 16, 35), die Rolle der Polizei (ZAGs 11, 22, 28) die Migrationskontrolle (ZAGs 24, 44) und Postkolonialismus (ZAGs 47, 70). Ein Ende ist nicht abzusehen und wir hätten uns vielleicht in Zukunft öfter wiederholt.

Tatsächlich besteht eine gewisse Notwendigkeit darin, sich zu wiederholen. Der erste Titel der »Islam-Bilder« von 2000 nahm das wiederbelebte Feindbild »Islam« zum Anlass, über Rassismus zu sprechen, der Muslim*innen entgegengebracht wurde. Der rassistische Blick verengte sich auf Jugendkriminalität, Frauenrechte und Fragen der »Kultur«. Der Begriff der »islamischen« Kultur »dient – wie der Rassebegriff – zur Konstruktion einer real nicht vorhandenen Gemeinsamkeit und Abgrenzung.« Die Situation verschärfte sich nach den Anschlägen in den USA 2011. Im zweiten Heft mit dem Titel »Islambilder« (ZAG 56) haben wir Wert daraufgelegt, von Ressentiments statt antimuslimischem Rassismus zu schreiben. Denn es schien uns einerseits, dass die Nähe zum Begriff des »antiislamischen Rassismus« zu groß war, der die Religion als Grund für den Rassismus betont. Doch es ist keine religiöse Feindschaft, die dort ausgedrückt wird. Andererseits schien es uns, dass mit dem Begriff des antimuslimischen Rassismus dieser mit dem Antisemitismus gleichgesetzt werden könnte und eine neue Art von Rassismus konstruiert würde. Doch es bleibt Rassismus. Davon muss man sprechen.

Ab dem Jahr 2000 veränderte sich der Veröffentlichungsrhythmus. Er wurde unregelmäßig. Zum Teil wurden nur noch zwei Ausgaben pro Jahr herausgegeben. Dies hatte zum einen den technischen Grund, dass die ZAG kein Postvertriebsstück mehr war, so dass ein viermaliges Erscheinen im Jahr nicht mehr erforderlich war. Doch auch die Arbeit innerhalb der ZAG veränderte sich. Die Redaktion veränderte sich personell und damit auch die Themen der folgenden Ausgaben. Zudem war es um die antirassistische Szene ruhiger geworden. Dies zeigte sich spätestens mit der Einstellung der beiden unabhängigen antirassistischen Zeitschriften »Morgengrauen« aus Köln 2003 und den »off limits« aus Hamburg 2002. Das Interesse an antirassistischen Themen ging zurück, wie auch die antirassistische Szene kleiner wurde.



Nichtsdestotrotz zeigen die vergriffenen Hefte der ZAG, wie groß das Interesse an bestimmten Themen war. Der Unterschied zwischen den Heften vor und ab 2000 sind ihre »abstrakteren« Titel. Die älteren vergriffenen ZAGs waren im Zusammenhang mit Kampagnen und Aktionen entstanden und zum Teil umsonst abgegeben worden. So die ZAGs zu Vertragsarbeiter*innen Nr. 9 und 18 oder »City 2000« im Zusammenhang mit der Innenstadttaktion. Ab 2000 werden Hefte wie »Schengenland« (ZAG 35) zum Umgang mit Migration und Flucht in den Schengenstaaten, »Antisemitismus« (ZAG 39) zur Debatte um den Stellenwert des Antisemitismus und des Holocausts in der Linken oder »Antiziganismus« zum aktuellen Umgang mit Roma und Sinti und dem Massenmord während der NS-Zeit wichtige Meilensteine. Sie begleiten einerseits aktuelle Debatten und andererseits blinde Flecken innerhalb der antirassistischen Diskussion.

Mit den Schwerpunkten »Migrationsmanagement« und »Migration von Frauen« (ZAGs 44, 45) hat die ZAG diskutiert, wie sich die Formen der Steuerung von Migration verändern. Die EU hat mit dem IOM eine Organisation gefunden, die Projekte in den Herkunftsländern umsetzt, um Migration schon frühzeitig kontrollieren zu können. Ein wiederkehrendes Argument des IOM war, dass Frauen durch Schleuser der Zuhälterei zugeführt würden. So konnte die politische Agenda in Europa und den USA verändert werden, die sich nun gegen Migration wendete, um Frauenrechte zu schützen. Mit der nachfolgenden Nummer wurde dieses Thema wieder aufgenommen, nun aber unter dem Gesichtspunkt wie die Ankunftsländer durch die Migration von Frauen profitieren (bspw. in der Kinderbetreuung und Pflege), – ohne dass sich tatsächlich an der Stellung der Frauen und ihrer Rechte etwas ändert. Das Problem wird stattdessen in globaler Dimension reproduziert.

Einen ähnlichen Impact hatten die Hefte »Homophobie« und »Critical Whiteness« (ZAGs 53, 61). Der Titel »Critical Whiteness« nahm die Auseinandersetzungen, die innerhalb der sich antirassistisch verstehenden Aktivist*innen, die spätestens seit dem Kölner No-Border-Camp 2012 offen zu Tage traten, zum Anlass. Bereits in den vorangegangenen ZAGs 57, 58, 59 hatte es einzelne Artikel zum Thema gegeben. Das Heft war in sehr kurzer Zeit vergriffen. Als größtenteils »weiße« Redaktion wurde unser Antirassismus in Frage gestellt. Nicht nur in dem Sinne, dass wir über unsere Rolle kritisch reflektieren sollten, sondern uns wurde außerdem die

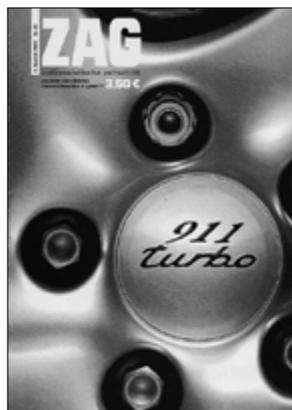
Berechtigung, das Label »antirassistische Zeitschrift« zu führen, bestritten. Denn als »weiße« Redaktion könnten wir keine Antirassist*innen sein; dies könnten nur von Rassismus »negativ Betroffene«. Unsere Haltung war klar: Rassismus ist kein Problem von Farben, sondern strukturell zu erklären. Deshalb sind erst einmal alle von Rassismus betroffen. In welcher Weise, ist dann immer noch offen und im konkreten Fall zu klären. Die Ideologie des Rassismus mag zwar diesem Dualismus von schwarz und weiß gerecht werden, aber ist noch keine Veranlassung, einer Umkehrung dieser Ideologie das Wort zu reden. Für uns ging es um eine solidarische Praxis und eine Gesellschaft, in der Rassismus niemandem Gewinn verspricht. Ein Ziel, das bereits früher durch die ARI in der ZAG Nr. 14 »Deutscher Antirassismus?« aus dem Jahr 1995 formuliert und problematisiert wurde. Uns ist klar, dass es schwierig bleibt, diesen Anspruch zu verwirklichen.

Die nicht gemachte Zukunft

Neben all den verwirklichten Themen, all den Texten, Berichten und Dokumenten, die in der ZAG veröffentlicht wurden, gab es auch Schwerpunktthemen, die nicht verwirklicht werden konnten. Gründe, weshalb dies nicht auf ausreichend Interesse bei potentiellen Autor*innen stieß, könnten sein, dass die Themen entweder zu speziell bzw. zu weit weg von den aktuellen Themen waren oder weil es zu selbstkritisch, zu kontrovers gewesen wäre, hierzu Stellung zu nehmen. Selbst beim Thema Antisemitismus hatten wir Probleme, Autor*innen zu finden. Damals tobte die Auseinandersetzung über die »richtige« Haltung zum Staat Israel. Ähnlich erging es uns beim Thema »Critical Whiteness«. Andere Schwerpunkte, die zum Teil trotz mehrerer redaktioneller Anläufe nie das Licht der Welt erblickten, waren Sklaverei, Folter, Kritik der Menschenrechte, Organisation von Flüchtlingsfrauen und Willkommenskultur. Es bleiben auch weiterhin Themen offen.

Dass die ZAG nun endgültig eingestellt wird, bedeutet nicht, dass nicht mehr diskutiert oder über Themen berichtet wird; es bedeutet in erster Linie, dass wir als Redaktion aufhören zu existieren. In Zukunft wird es andere geben, die unseren Platz einnehmen, andere Zeitschriften, andere Medien. Wir hoffen mit einem ähnlichen Anspruch und noch größerem Erfolg, als wir ihn hatten. Danke. *





Der Letzte Text

Die Zukunft ist ungewiss

■ ZAG

In Science Fiction wird Zukunft entworfen. Doch Menschen machen Geschichte nicht nur fiktional. Sie machen sie mal mehr oder weniger folgenreich. Mal ist es ein Traum, der Wirklichkeit wird, ein anderes Mal ein Alptraum. Nachdem wir mit der ZAG zu einem Ende gekommen sind, stellt sich für uns die Frage, was machen wir weiterhin. Jahrelang hat uns dieser Termin in der Redaktion, die Arbeit an der Zeitschrift immer wieder zusammengeführt. Wir haben über den Zustand der Welt geredet, wir haben mit ihr und uns gehadert und manchmal auch auf uns und euch angestoßen. Aber was bringt die Zukunft? Und was macht die Linke ohne die ZAG?

Eine fröhliche Utopie

Star Trek ist eine dieser Geschichten, die einen utopischen Gehalt haben. Die Menschheit verträgt sich mit dem Rest der Galaxis, es gibt kein Geld und keine Armut mehr. Bedauerlicherweise sind fast alle Lebensbereiche durchmilitarisiert. Uns hingegen fehlt bei Star Trek der kollektive Anspruch, die Gleichheit, Freiheit und demokratische Willensbildung. Irgendwie der Geist von Arbeiter*innenräten. Falls das mit Star Trek einmal wahr werden sollte, dann bitte als solidarische Gesellschaft mit Kontrolle der Produktionsmittel. Keine Grenzen, weder auf der Erde noch im Weltall, keine Staaten, keine Nationen.

Vielleicht hilft es aber bereits Bautzen nach Polen zu verlegen und andere Orte, die durch faschistische Umtriebe auffallen, ins Universum zu verlagern. Dann wäre Ruhe. Die Nazis könnten Nazis sein, sich gegenseitig erschlagen und stressen – und wir könnten das Glück in vollen Zügen genießen. Ein Vorschlag, der nicht so neu ist. Dutschke schlug vor, dass die Kapitalist*innen ja alle in die Schweiz ziehen und dort nach ihren Vorstellungen leben könnten. Unter der Bedingung, dass sie unseren Verein der Freien und Gleichen in Ruhe machen lassen. Nun wollen wir der Bevölkerung in der Schweiz oder Polen nichts Böses, aber ein Land für jede Perversion – Rassismus, Faschismus und Antisemitismus? Darüber sollte vielleicht wieder nachgedacht werden.

Eine pöbeligere Linke?

Nur ist es so, dass die Allgemeinheit aka Pöbel keine Vorstellung von einem freien und gleichberechtigten Leben hat. Sie wählt nicht mal links; wäre aber auch zu schön; ein paar Probleme wären kleiner, wie z. B. die AfD. Die gäbe es dann gar nicht. Um dahin zu kommen, braucht es vielleicht eine andere Linke, eine pöbeligere

Linke? Also nicht falsch verstehen, es geht um pöbeln, nicht um den Pöbel. Das wäre cool, einfach mal gerade heraus, dass das mit der Ausbeutung schlecht ist, und dann eben keinen Hummer oder Kaviar essen. Nicht dass wir das irgendwem nicht gönnen würden, aber den Gegner nicht mehr Gegner zu nennen, ist nicht cool. Also einfach mal die Losung von Habermas umsetzen, es geht um Klarheit, Wahrheit und Wahrhaftigkeit nicht nur beim herrschaftsfreien diskutieren, sondern auch beim Schreiben oder auf der Demo.

Häufig bauen sich ängstliche Leute, an der Schwäche anderer auf oder rufen den großen Bruder oder die große Schwester. Die regeln es dann. Die anderen werden gebraucht, um sie abwerten zu können. Die anderen werden gebraucht, um sich den anderen nicht selbst stellen zu müssen. Das ist selbstverständlich eine traurige Vorstellung gemeinsamen Lebens auf dieser Welt. Unsere fröhliche Utopie fordert geradezu Offenheit gegenüber anderen und die Anerkennung unserer unendlichen Bedürfnisse. Wir haben Interessen, die wir selbst vertreten müssen, für die wir eintreten. Da hilft kein Gott und kein Tribun.

Nun hatten wir noch kürzlich festgestellt, dass Religion und Staat eine ungünstige Verbindung darstellen. Eine Verbindung, die ein paar Jahrtausende in den verschiedenen Reichen, Staaten und Herrschaftsgebieten gehalten hat, aber individueller Autonomie und gesellschaftlicher Emanzipation nicht förderlich waren. Ein säkularer Staat, wo Religion eine private Angelegenheit ist, ist eine Errungenschaft, die wir auf dem Weg in eine bessere Gesellschaft, nicht missen möchten. Und doch laden Menschen ihren Rassismus mit religiöser Intoleranz auf und rufen den Staat herbei, wenn ihre ach so religiösen Gefühle verletzt werden. Daher: keine Kreuze in der Schule, in Behörden, keine Bevorzugung religiöser Gemeinschaften – es wäre so viel klarer.

Es ist alle

Es ist genug für alle da. Weshalb also nicht glücklich leben? Umverteilung des Reichtums, von oben nach unten – nicht von unten nach oben – scheint doch keine schwierige Sache zu sein. Dass Bankiers einmal im Gefängnis landen, ist so unwahrscheinlich, wie die Tatsache, dass Fußballmanager ihre Strafe absitzen müssen. Die Gefängnisse müssten voll sein von reichen Leuten. Weshalb trifft es sie so selten? Herrschaft ist ein finanzielles, ein wirtschaftliches Phänomen. Es ist also schwieriger als gedacht. Neben der Verteilung sind da ja noch Produktion und Konsum von Waren, der ganze Kladderadatsch kapitalistischer Verhältnisse und dann

noch die alltäglichen Ungerechtigkeiten, die wir uns gegenseitig antun. Die Konkurrenz der ganz Normalen um das kleine Sonnenfleckchen, in dem sie sich in den Spiegelungen des Reichtums ihr Herz wärmen können. Arme Leute Sonne. Das unterscheidet Illusionen von konkreten Utopien. Wir wollen einfach alles für alle, weil alles vorhanden ist.

Aber vielleicht bleiben dann immer noch Wünsche offen, hat doch wieder eine mehr als der andere. Dann wird Krieg geführt. Krieg ist nicht gut für die Gesundheit. Dass nicht auf jeder Waffe stehen muss: »Achtung. Die Benutzung dieser Waffe kann das Leben anderer gefährden«. Hier bleibt die EU hinter unseren Erwartungen zurück. Stattdessen treten wir für die Aufhebung der NATO ein. Sie ist nicht gerade eine Friedensmaschine. Aktuelles Beispiel ist der Einmarsch der Türkei in Syrien und ein paar andere Stellvertreterkriege. Der ewige Frieden – auch so ein Star Trek Thema – hängt eng mit der Emanzipation des Menschen zusammen. Bis es soweit ist: einfach mal nicht den III. Weltkrieg anfangen. Und ganz kurz: keinen Rassismus, keine Rassist*innen.

Probleme, Widerstände, Ungewissheiten

Im Gegensatz zu Star Trek enthält Star Wars die Legende vom Kampf von Gut und Böse, neben dem ödipalen Gedöns. Die dunkle Macht und die gute Macht – und eine omnipotente, unendliche Kraft, die mit jemandem sei. Ungefähr so ist es mit Rassismus (dass wir auf dieses Thema stets zurückkommen ;). Nur, dass Rassismus keine Naturkonstante ist. Deshalb steht nicht die Natur im Wege, sondern Menschen, Organisationen und Institutionen, die unsere Interessen und Wünsche nicht teilen. Nicht das unendlich Böse, sondern höchstens die Dummheit. Denn merke: dumm sind immer die anderen. Zumindest sind sie nicht selbstironisch.

Neoliberal und rassistisch

Die AfD ist eine rassistische Partei. An ihr lässt sich beobachten, wie anschlussfähig der gebildete elitäre DM-Nationalismus der Professoren Lucke & Co für alle möglichen rassistischen und religiös-fundamentalistischen Gruppen ist. Viele Wahlstimmen gewann sie mit Hilfe der diffusen Wut gegen »die da oben«. Das Spektrum erstreckt sich von enttäuschten Nationalkonservativen und religiösen Fundis wie Beatrix von Storch oder Gabriele Kuby bis hin zu Wähler*innen, die von SPD und Grüne seit Schröder und Fischer tief enttäuscht sind. Leider funktioniert spätestens



seit Rostock-Lichtenhagen die rassistische Erzählung, die einen Zusammenhang zwischen neoliberaler Politik und dem Zuzug geflüchteter Menschen herstellt. Uns stellt sich der Zusammenhang etwas anders dar. Die neoliberale Politik seit Reagan und Thatcher hat die nationalen Demokratien zunehmend unter Druck gesetzt. Der Markt soll es richten. Und er sorgt – wie schon von Marx analysiert – dafür, dass die Schere zwischen Superreich und Arm immer weiter auseinander geht. In Deutschland hat sich Kohl nicht getraut, diese Politik gegen Nationalkonservative und Anhänger der christlichen Soziallehre in der eigenen Partei und gegen die SPD umzusetzen. Das haben Schröder und Fischer dann erledigt.

Gleichzeitig ist es der neuen Rechten gelungen, eine sehr akademische Linke der Lächerlichkeit preis zu geben. Es ist ihr gelungen, Themen zu setzen, die die Linke spalten. Der anti-muslimische Rassismus spaltet in eine Gruppe, die bedingungslose Solidarität fordert und eine, die wegen ihrer religionskritischen Haltung auch für den Islam nicht eintreten will. Die Kampagnen über den angeblichen Sexismus »Der Muslime« spalten in einen tendenziell rassistischen Feminismus der Marke Alice Schwarzer und Verleugnung oder bedingungslose Solidarität auf der anderen Seite. Natürlich gab es auch großartige Antworten. Zum Beispiel die Aktion #ausnahmslos, die das Kunststück vollbrachte, Sexismus von Geflüchteten auf eine nicht rassistische Weise zu benennen, indem zugleich auf den Sexismus der Mehrheitsgesellschaft hingewiesen wurde.

Solche Initiativen werden nicht flächendeckend wahrgenommen. Das liegt nur zum Teil daran, dass die meisten politisch linken Akteure akademisch geprägt sind und es wichtiger finden, auf hohem Komplexitätsniveau Recht zu haben, als gehört zu werden. Andererseits scheint es uns auch nicht erfolgversprechend, wie Wagenknecht die Teilung zwischen deutsch und geflüchtet der Einfachheit halber populistisch zu akzeptieren und Obergrenzen für ein Menschenrecht zu fordern. Konzerne wie Amazon und Starbucks machen Riesengewinne und zahlen in Deutschland praktisch keine Steuern während ihre Beschäftigten teilweise beim Jobcenter um Aufstockung betteln müssen. Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen Reich und Arm.

Medien

Zum anderen Teil liegen die Defizite linker und antirassistischer Politik darin, dass es nur wenige finanzmächtige Akteur*innen gibt, die eine linke Politik unterstützen. Indessen gibt es zahlreiche konservative Mediengiganten, von denen einige eine politische Agenda verfolgen. Die Springer Presse ist bekannt für ihre politischen Kampagnen. So wurde ein Bundespräsident gestürzt, nachdem er befand, der Islam gehöre zu Deutschland. Bertelsmann ist etwas subtiler bei den Medienkampagnen, nimmt aber sehr erfolgreich politischen Einfluss über die Bertelsmann Stiftung, die im Wesentlichen auch die Hartz-Reform vorbereitet und ausgeführt haben.

Dabei ist der Übergang von Medien, Politik und Wirtschaft fließend. Der SPD Finanzminister Scholz beruft als Staatssekretär den Chef der deutschen Niederlassung der Bank Goldman Sachs. Seine Zuständigkeit: Banken- und Finanzmarktregulierung. Daneben gibt es unentgeltliche Hilfestellung von Lobbyist*innen beim Schreiben von Gesetzesvorlagen sowie den organisierten Austausch von Mitarbeiter*innen aus der Wirtschaft und der

Bundesverwaltung – zum einen als Programm, wobei Angestellte großer Unternehmen die Arbeit in Ministerien kennenlernen sowie andersherum Beamte und Angestellte der Bundesverwaltung eine Zeit lang ihren Platz in einem Firmensitz einnehmen. Zum andern der anstandslose Übergang aus der Politik in die Wirtschaft.

Nun sind dies die offensichtlichen, personellen und ideellen Verstrickungen. Dazu könnte zwar gesagt werden, jede/r ist sich selbst am nächsten, Schäflein ins Trockene und Hauptsache mein Arsch wird nicht nass und weiterhin darüber schweigen. Doch zugleich hat dies Folgen für demokratische Prozesse, die durch die personellen Überschneidungen abgekürzt werden, was wieder zu einer Machtfrage wird. Wenn Mövenpick, wie man 2013 unkte, den Wahlkampf der AfD unterstützte, ist dies nichts anderes, als die Spenden Mövenpicks an die FDP in den Jahren 2008 und 2009. Am Ende wurde die sogenannte »Hotelsteuer« geboren. Welches Kind käme bei einer Verbindung Mövenpick-AfD heraus?

Vielleicht so jemand wie Alice Weidel, Vorstandsmitglied der AfD, ehemalige Goldman Sachs Mitarbeiterin, lesbisch, mit Hang zu wahnhaften, rassistischen Weltverschwörungen, wie eine durch die Tageszeitung »Die Welt« vorgelegte Email nahelegt, deren Echtheit jedoch durch die AfD bestritten wird. Keine sympathische Person, mag man denken, aber zugleich erscheint sie widersprüchlich in ihren öffentlichen Ansichten und ihrer privaten Lebensweise. Unaufgelöste kognitive Dissonanz, schizoide Tendenzen oder einfach die Widersprüchlichkeit unserer aller Leben? Tatsächlich zersplittern die Lebensweisen, Szenen entstehen, neue Milieus, Bewegungen aller Orten, die ihr Recht auf Anderssein einfordern. Das führt zu Unübersichtlichkeiten und bei manchen auch zu dem Wunsch nach Rückkehr zu fordistischen, wenn nicht zu feudalen Verhältnissen, in denen die gesellschaftliche Position in der Rückschau so klar erscheint. Lesbische Nazis, homophobe Jüd*innen, Muslima gegen den Islam, nationalistische Linke, neue Identitäten aller Orten – dennoch kein Grund ein Arschloch zu sein.

Fake, fake, fake

Die Unübersichtlichkeit und Komplexität steigt, die Folge: Ängste übernehmen die Funktion von Argumenten, Unwissenheit wird zur ausgemachten Wissenschaft, Lügen zu alternativen Fakten. Dort, wo Menschen nicht weiter wissen, da erfinden sie gerne große Literatur oder kleine Lügen, um die Lücken zu füllen. Dies gezielt zu missbrauchen, ist ein Mittel der Politik, Bismarcks Emser Depesche oder die Erfindung der Weisen von Zion mit Hilfe des russischen Geheimdienstes. Falschmeldungen und Verdrehungen sind Mittel der Zensur und Desinformation, sie führen zu Irritation und Lähmung.

Nicht allein staatliche oder militärische Stellen, sondern auch »Soziale Medien« haben einen guten Anteil hieran. Unsere Daten werden verkauft, gehandelt, ausgewertet, verändert und gegen uns selbst eingesetzt. Soziale Medien und Werbeindustrie können Meinungen und Wünsche manipulieren, noch viel schneller als in Zeiten von Telegraf und berittenen Boten. Nun muss man aber nicht glauben, dass diese Entwicklung losgelöst von anderen sei, etwas völlig Neues oder eine Art Geheimwaffe der Rechten. Fake News sind eine Möglichkeit innerhalb kriselnder Gesellschaften, die Wirklichkeit zu gestalten, sie gehen über Manipulation durch »die Herrschenden« hinaus. Ohne die Krise wäre es allerdings nicht so einfach, diese Waffen einzusetzen.

Seit den 1970er Jahren wird diese anhaltende ökonomische Krise dazu genutzt staatliche Garantien auszuhebeln und gewerkschaftliche Rechte zurückzudrängen. Zugleich wird auf anderen Ebenen verschiedenen Ansprüchen und »Identitäten« Raum gewährt – in der CDU als Modernisierung des eigenen Programms gelobt und gehasst. Homosexualität wird eine Privatsache, der »Migrationsstatus« zu einer individuellen Ressource. Solange oben und unten akzeptiert wird, solange die Geschäfte nicht gestört werden, ist alles möglich. Das gilt auch für die rumänischen und bulgarischen Sklavenarbeiter in deutschen Schlachthöfen.

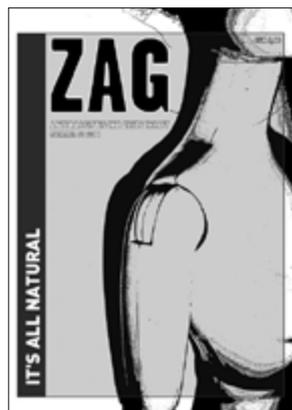
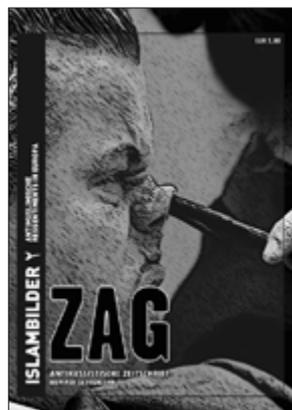
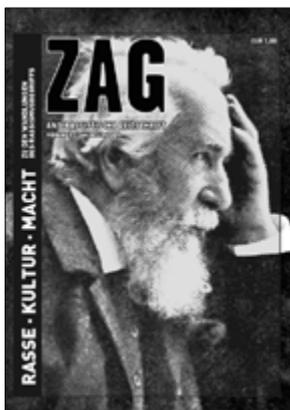
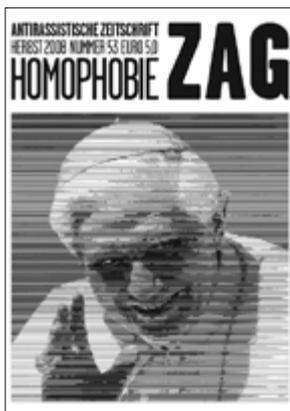
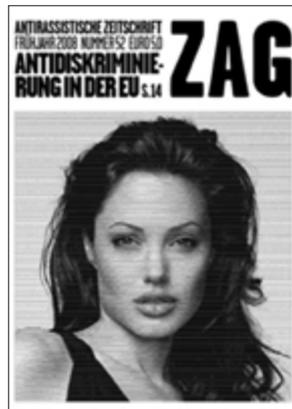
Die Beschissenheit der Dinge

Es bedarf einer Strategie. Der Zustand der SPD ist da nur ein Ausdruck des Problems und keine Science Fiction. Es gibt momentan keine politische Alternative, die gesellschaftliche Relevanz besäße. Diskutiert wird ein linker Populismus. Der könne Klassen-solidarität herstellen und Gegenpropaganda betreiben – gegen den reaktionären Rollback. Zum einen besagt Populismus nicht nur »die Sprache des Volkes« zu sprechen, sondern beschwört zugleich den Gegensatz von politischer Parteiführung und dem durch diese vertretenen Anhänger*innen. Diese Anhängerschaft ist dann nichts anderes als die zu mobilisierende Masse, das Mittel zur Macht. Zum anderen, wenn man sich das französische Vorbild »La France insoumise« anschaut, wird klar: nicht alles was glänzt, ist Gold, Nationalismus ist dort Programm. Aber »Menschen Mündigkeit zu unterstellen, ist naiv« und Populismus vielleicht doch der geeignete Weg in einem parlamentarischen repräsentativen Wahlsystem, die Geschichte zu ändern? Klappte schon mal hervorragend – »wir« kamen damit sogar bis kurz vor Moskau. Zu überlegen wie Mehrheitspositionen in einer Gesellschaft erungen werden könnten, die als Existenzgrundlage Rassismus beinhaltet, ist absurd. Wenn überhaupt geht, es um die Minderheit, die das als Problem sieht. Diese ist nicht kleiner geworden und die reaktionären oder faschistische Positionen auch nicht größer, wie in verschiedenen Erhebungen erkennbar ist. Ein Unterschied ist allerdings, dass das »Netz der Dorfdeppen«, genannt Internet, es möglich macht die Dorfgrenzen hinter sich zu lassen und festzustellen, dass es ja überall einen Dorfdepp gibt und wenn sich diese alle, mit all der Freizeit, die das Dorfdeppentum so mit sich bringt, zusammentundazu..., na ja, genug dazu.

Linker Populismus

Wir haben als ZAG immer wieder das Gefühl, in einer linken Blase zu leben. Uns gefällt, wie wir sind, was wir lesen und wir regen uns über die gleichen Sachen auf. Wir fühlen uns wohl trotz der Beschissenheit der Dinge. Wie erreichen wir Menschen außerhalb dieser Blase, machen sie bekannt mit unseren Wünschen? Die Losung könnte lauten »adopt a proll«. Jede und jeder wird zur Mentorin, zum Mentor, redet mit Menschen in der Bäckerei, hilft alten Menschen über die Straße, ist nett zu den Nachbarn. Oder ein Programm für alle wie »Ein Jahr ins Ausland« – vielleicht auch zwangsweise, also temporäre Ausweisung, um den Horizont zu erweitern, eine Art Walz für alle.

Wir (die Linke) sind eine Minderheit. »Deshalb müssen wir die anderen zu ihrem Glück zwingen«. D. h. wir müssten den Staat erobern, um Zwang ausüben zu können, um Gesetze zu verabschieden, müssten wir teilhaben am parlamentarischen Prozess. Wollen wir das? Wir wollen Nationen und Staaten abschaffen und



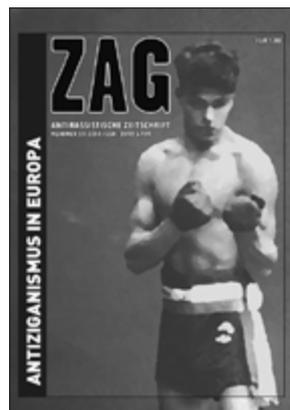
nicht den Arzt am Bett des Massenmörders spielen. Der Staat ist nicht neutral und der Weg durch die Instanzen wohl keine angemessene Strategie.

Mehr Angst verbreiten? Zum Beispiel durch drohende Katastrophen und Krisen, den Niedergang der Zivilisation, Klimakollaps und Waldsterben, Geschichten von Gut und Böse, wo einige durch entschiedenes Handeln den ansonsten unaufhaltsamen Lauf der Geschichte umkehren können. Wir wollen gerne dabei sein, doch es ist auch nur eine andere Mär von der Avantgarde, von der Bekehrung des Blinden, der sehend wird. Die Hoffnung, dass die Krisen und die absolute Verarmung der Arbeitenden eine Situation erzeugt, aus der eine Revolution quasi automatisch und notwendigerweise erwachsen würde, hat sich historisch nicht bewahrheitet. Hungeraufstände können mit Brot und Spielen bekämpft werden. Die moralische Empörung über die ungerechte Verteilung reicht nicht so weit, den ganzen Laden umzubauen.

Oder wir werden Agent*innen unserer eigenen Sache, indem wir in die Rolle der Gegner*innen schlüpfen. Wir machen False Flag Aktionen, wie der Offiziersanwärter bei der Bundeswehr, der mit einer zweiten Identität als Geflüchteter einen Anschlag verüben wollte, damit alle gegen die Geflüchteten ... und dann die Agenda der AfD gestärkt worden wäre ... na ja. Satire wirkt ähnlich und wir können darüber lachen. Bei einem guten Witz ertappen wir uns selbst bei bester Laune – und politisches Kabarett hat ja auch die letzten Weltrevolutionen ausgelöst.

Begründet wird der Aufstieg der AfD manches Mal mit den Worten: »Das Gefühl verarscht zu werden stimmt ja«. Die Rechten formulieren Anliegen, die auf Problemen beruhen, die es für bestimmte Menschen tatsächlich gibt, die allerdings der Natur oder Sachzwängen zugeschrieben werden, statt den durch Menschen gemachten Verhältnissen. Hier werden Wahres und Falsches wirkungsvoll verschränkt. Die rassistische Antwort auf Migration, ist »die passen nicht zu uns« und »die sind anders«, »das können wir uns nicht leisten« und dann wird nach dem Staat gerufen. Müsste also eine Linke diese Antworten aufnehmen oder selber Antworten formulieren? Muss der Staat das erledigen? Zum Teil wird es Überschneidungen mit den Forderungen von Rechten geben – die deutschen Arbeiter*innen, die deutschen Grenzen, – will man das? Auf diesen Diskurs einzugehen ist der Fehler. Es macht keinen Sinn, darüber zu diskutieren, ob Rassismus irgendwie gerechtfertigt werden kann.

Der Staat ist nicht das Mittel der Wahl, weder höhere Steuern noch schärfere Gesetze. Auch die Parteien sind nicht das Mittel der Wahl. Die SPD mit den Hartz-Reformen in Zusammenarbeit mit Bertelsmann, SPD und Grüne mit ihrem Krieg in Jugoslawien



und der Abschaffung der Vermögenssteuer und der Zustimmung zu allen Kriegskrediten seit 1914. Die Parteien sind Fake. Sie sind Teil der Maschine, sie bilden nicht die Meinung, sie kanalisieren sie. Das gilt eben auch für die AfD, deren Rhetorik von Elite und Volk, alt und neu, kaschiert ihre Zustimmung zu den Bedingungen, an die Fleischtöpfe zu gelangen. Allerdings ist die Schwäche der linken und liberalen Parteien die Stärke der AfD. Wenn wir aber nicht in den Parteien mitmachen wollen, dann müssen wir wohl selbst »Partei« werden, indem wir Partei ergreifen.

Bündnisse

Können wir dies durch Bündnisse erreichen? Mit den Gewerkschaften beispielsweise. In der BRD sind auch deren Mitglieder zum Teil rechts. Wir haben hier keine politischen Gewerkschaften wie in Frankreich, Italien oder Großbritannien. Die politische Neutralität der hiesigen Einheitsgewerkschaften drückt sich aus in rassistischen Kampagnen gegen Schwarzarbeit oder Äußerungen von Polizeigewerkschaftern.

Mitglieder der christlichen Kirchen sind aktiv in die Unterstützung Geflüchteter eingebunden, sie bieten Kirchenasyl und alltägliche Unterstützung. Doch zugleich ist die Kirchenhierarchie auf konservative Werte verpflichtet, tritt für ein restriktives Abtreibungsrecht und für die »natürlichen Pflichten« von Mann und Frau ein. Da sieht es bei Vereinen schon besser aus. Die sind so vielgestaltig, dass man mit solchen Dogmen nicht in Konflikt kommt, aber in der Regel sind auch sie unpolitisch politisch. In Sportvereinen wird Sport getrieben und keine große Politik gemacht. Das stimmt nicht ganz, sei es beim Ausbau eines Sportplatzes oder Stadions oder bei der Aufnahme Geflüchteter als Spieler*innen. Dieser spielerische Kontakt zwischen Ansässigen und neu Hinzugekommen (beispielsweise fußballspielende, ministrierende Senegalesen) wirkt – wenn auch nicht im Kopf des CSU-Generalsekretärs Andreas Scheuer.

Kampagnen

Am deutlichsten machen Kampagnen politische Projekte sichtbar. Die Kampagnen zum G7 in Heiligendamm, gegen TTIP, »Ende Gelände« und viele mehr. Sie schaffen öffentliche Aufmerksamkeit, sie buhlen um Aufmerksamkeit. Mittlerweile ist dies ein Feld, das auch Rechte wie die »Identitären« für sich entdecken. Die gezielte Provokation schafft Beachtung und soll dadurch wieder Unterstützung für diese und andere Vorhaben mobilisieren. Die Gefahr besteht, dass die Inhalte unwichtig werden im Verhältnis zur

medialen Wahrnehmung der Aktionen. Bei Werbung für Waschmittel, deren Bestandteile eh annähernd dieselben sind, geht es um Marke, Image und Preis, darum, die Konkurrenz auf einem abgesteckten Markt, der nicht mehr wächst, auszustechen. Aber wer benötigt Kampagnen für die Medien?

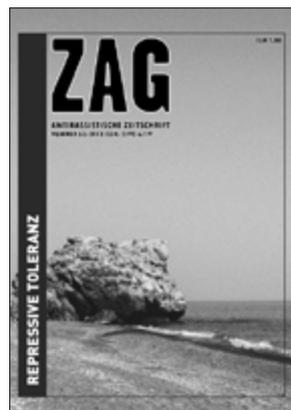
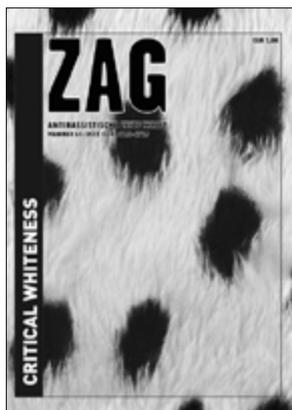
In diesen Kampagnen wird deutlich, wie mittelschichtslastig die Linke ist. Ressourcen, Zeit, Kenntnisse sind bei angehenden Akademiker*innen ausreichend vorhanden. Die scheinbar selbstverständliche Konsequenz ist also ihr politisches Engagement, bevor es dann mit Familie und Kindern gilt Karriere zu machen. Für wen werden dann aber diese Kämpfe ausgefochten? Werden da Kämpfe für andere gekämpft? Inwieweit verändern sich die Haltungen der Aktivist*innen und wie die der Ziele, Inhalte und/oder Menschen, in deren Namen sie angeblich kämpfen.

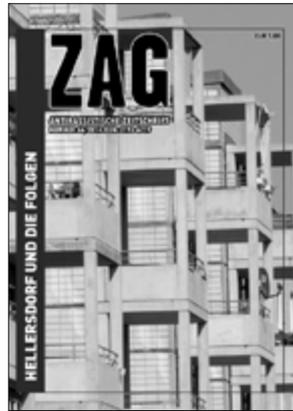
Bildet Sowjets!

Wie wird also die Linke ohne die ZAG auskommen? Wir sind überzeugt sehr gut. Weil die Verwirklichung eines Vereins freier Menschen nicht von einer Zeitschrift abhängt. Wir stehen auf Wir-Politik, unser Begehren, unsere Interessen. Dazu müssen wir Bündnisse eingehen – Bündnisse, die die verschiedenen Interessen nicht verdecken. Antirassistische und antifaschistische Politik machen wir, weil wir eine bestimmte Vorstellung von menschlichem Miteinander haben. Wir machen es nicht für andere. Was uns vielleicht fehlt, ist die materielle Gewalt, die Praxis, die es ermöglicht, dieses Zusammenleben hier und jetzt zu organisieren, so dass sie sich als allgemein verbindliche durchsetzt. Ein Grund unter anderen, weil unsere Gegner*innen immer wieder versuchen, uns dies zu nehmen. Stattdessen sollten wir ihnen zum Trotz solidarische Verhältnisse fördern, indem wir uns solidarisch verhalten. Das ist die Herausforderung für eine fröhliche Utopie. *

Zum Text

* Der Artikel gibt eine anderthalbstündige Diskussion innerhalb der Redaktion der ZAG zur Auflösung wieder.





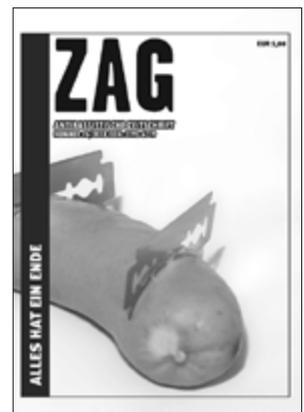
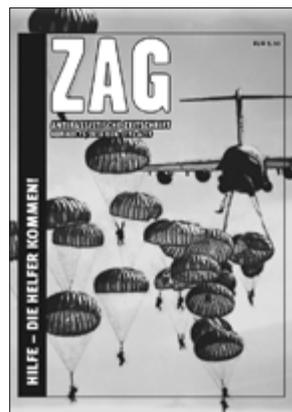
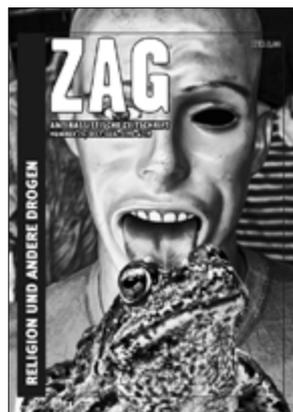
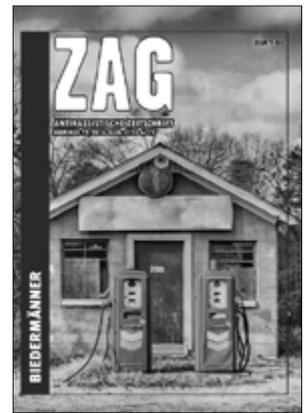
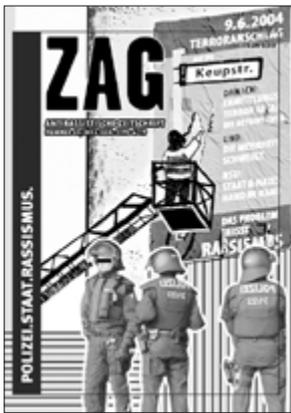
Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de
mail@antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifainfoBlatt

Kostenloses Probeexemplar



dataspace
infoladen
datenbank

Thematische Online-Recherche
von Artikeln linker Zeitschriften

Bestand von Infoläden:
Bücher, Broschüren, Videos ...

**DIE ZAG IST, ZUM TEIL ALS VOLLTEXT,
LESBAR ÜBER DATASPACE**
<http://ildb.nadir.org/q/verlag/ZAG.html>



**Tschüss, die Herrschaften –
Anarchismus weltweit**

Außerdem: Wahlkampf in Mexiko |
Sieben Jahre Arabischer Frühling |
Neokolonialismus in Togo

52 Seiten, € 5,30



www.iz3w.org

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Backlist

2018 #75 Hilfe – die Helfer kommen! **2017** #74 Religion und andere Drogen #73 Brandstifter **2016** #72 Biedermänner #71 Flucht und Versagen **2015** #70 Postkoloniale Spurenlese #69 Polizei. Staat. Rassismus. #68 Klassismus **2014** #67 Rechtspopulismus #66 Hellersdorf und die Folgen #65 Flüchtlingsbewegungen **2013** #64 Linke Diskussionskultur #63 Repressive Toleranz **2012** #62 20 Jahre neue antir. Bewegung #61 Critical Whiteness* #60 Rassismus in der Krise **2011** #59 Antiziganismus in Europa #58 It's All Natural **2010** #57 Krieg! Im Westen nicht Neues? #56 Islambilder 2 **2009** #55 rasse-kultur-macht #54 Osteuropas rechte Ränder **2008** #53 Homophobie* #52 Antidiskriminierung **2007** #51 Grenzerfahrungen #50 Verschwörungen **2006** #49 Nationale Befreiungsbewegungen #48 Die Türkei in Europa **2005** #47 Produktionen des Westens, gemeinsame Ausgabe mit: ›kleine anfrage‹ #46 Lechts und Rinks **2004** #45 Migration von Frauen* #44 Migrationsmanagement* **2003** #43 Antiziganismus* #42 911 Turbo **2002** #41 Monster AG #40 Blitzkultur **2001** #39 Antisemitismus* #38 Abschiebeknäste **2000** #36/37 Zimmer ohne Aussicht #35 Schengenland* #34 Islambilder **1999** #33 Konzepte antirassistischer Arbeit #32 Die Bilder-ZAG #31 Gesundheit als Privileg #30 Das Ende der Tabus **1998** #29 Sport und Rassismus #28 Innere Sicherheit light – Alternative Sicherheitskonzepte #27 Antirassistische Jugendarbeit #26 MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt **1997** #25 Arbeit mit Illegalisierten – Wege aus der Illegalität #24 Globale Migrationskontrolle #23 Mobilität #22 City 2000* **1996** #21 Balkan, Krieg und Flucht #20 Ökologie #19 Einwanderungspolitik #18 VietnamesInnen in Berlin, gemeinsame Ausgabe mit: ›Arranca!‹ **1995** #17 Alltag-Kultur-Rassismus #16 Europa #15 Illegalisierung* #14 Deutscher Antirassismus?, gemeinsame Ausgabe mit: ›off limits‹ **1994** #13 Polizei und Justiz #12 Rassismus und Soziale Frage #11 Innere Sicherheit #10 Rassismus und Bildung **1993** #9 Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen* #8 Ausweisung und Abschiebungen* #7 Rassismus und Bildung* #6 Gleiche Rechte für alle / Lagerkampagne* **1992** #5 Roma in der BRD / Rostock* #4 Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda* #3 Wer schweigt, stimmt zu #2 Greift ein! – Schaut nicht weg **1991** #1 Rassismus tötet

(* = leider vergriffen)

Impressum

Herausgeber: Antirassistische Initiative e. V. Die ZAG ist eine autonome AG der ARI. Die Artikel geben nicht immer die Meinung der gesamten Antirassistischen Initiative wieder.

Redaktionsanschrift: ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e. V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin, Fax +49 (0) 30 6913005,

E-Mail: redaktion@zag-berlin.de, **Internet:** www.zag-berlin.de,

Bankverbindung: Antirassistische Initiative e. V., Stichwort ZAG, BIC: BFSWDE33BER / IBAN: DE19100205000003039601, **Ge-**

staltung: ::rainGroup-Agentur.com ☞ **Druck:** FATA MORGANA, **ISSN:** 2192-6719 **V.i.S.d.P.** dieser Ausgabe ist Inge Dollmeyer.

Auflösung des Bestellarchives:

Die ZAG löst nach Herausgabe der Doppelausgabe ZAG_75 / 76 nicht nur die Zeitschrift, sondern auch ihr Bestell-Lager mit Archivausgaben auf. Deshalb sind die alten ZAG-Ausgaben ab sofort gratis beziehbar, lediglich die Kosten für Porto & Verpackung sind von euch zu tragen. Zukünftig ist nur noch diese Art der **Bestellung möglich:** * Bitte sendet uns einen **Brief an** die Adresse: **ZAG-Archiv c/o Netzwerk Selbsthilfe, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin.** * In diesem Brief soll (ohne jeden Kommentar) ein **Zettel mit eurer Wunsch-Lieferadresse** liegen, nur diese wird von uns genutzt. * Auf dem Zettel sollte natürlich auch stehen, **wie viele Hefte von welcher Ausgabe** ihr beziehen wollt (z. B. 3 x ZAG 56, 1 x ZAG 42) * Zusätzlich sollte in dem **Briefumschlag** auch das **Porto** (Preisstand 01.07.2018) in folgender Staffellung liegen: **[bis drei Hefte: 1,40 € / - bis sechs Hefte: 2,10 €]** Bei größeren Bestellungen oder bei Bestellungen der gesamten ZAG-Ausgaben (z.B. für Infoläden, Archive oder Bibliotheken) bitten wir zuerst um Kontaktaufnahme per Mail und dann um Vorkasse. Bestellungen auf Rechnung sind ab sofort nicht mehr möglich.

Ein Verzeichnis aller Ausgaben findet ihr weiterhin unter www.zag-berlin.de.

Datenschutzanmerkung: Eure Bestellunterlagen (Briefe und Mails) löschen wir direkt nach dem Versand der Hefte, deshalb sind spätere Nachfragen auch nicht möglich.

